

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz  
Gemeindeverbands-Girokonto: Bad Schandau 36 :: Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau :: Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schönau, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Verleger: Bad Schandau Nr. 22 — Draht-Adresse: Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: R. Rohrlapper

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt um 6 Uhr. Bezugspreis: monatlich 21 M., durch Boten über die Post (einschl. d. Postgebühren) 23 M. Einzelne Nr. 1,50 M. Bestellungen nehmen die Verleger und Postanstalten, sowie Zeitungsverleger an

Anzeigenannahme bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinzeitschriften: 3.— M., für auswärtige Aufträge 4.— M. (tabellarischer und schwerer Satz nach Uebereinkunft), Reklame und Eingeladene die Seite 15 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt

Wichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung berechtigt den Bezahler nicht zur Rückzahlung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 172 Bad Schandau, Dienstag, den 25. Juli 1922 66. Jahrg.

## Für eilige Leser.

- \* Frankreich scheint in der Reparationsfrage nachzugeben. Eine Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George in bezug auf Anleihe und Moratorium soll am 1. August in London stattfinden.
- \* Die Gehälter und Löhne der Reichsbeamten und Arbeiter werden um 24 Prozent für Juli und um 34 Prozent für August erhöht.
- \* Die Meinungsverschiedenheiten in Bayern über das Gesetz zum Schutze der Republik haben zu einer Sprengung der bayerischen Regierungskoalition geführt. Der demokratische Minister Hamann ist aus dem Kabinett ausgetreten.
- \* Der Parteitag der Unabhängigen, der über die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien entscheiden soll, ist zum 1. Oktober nach Gera einberufen.
- \* Das amerikanische Kriegsministerium hat den Plan des Generals Pershing über die Bildung einer Nationalmiliz als Ergänzung des kleinen stehenden Heeres gebilligt und bereitet die entsprechenden Gesetze vor.

## Krisis in Bayern.

Zu der Aufspaltung der Lage in Bayern, die besonders durch das im Reichstag angenommene Gesetz zum Schutze der Republik beeinflusst erscheint, wird uns von einem unternichteten genähigten Politiker geschrieben:

Man überlegt sich diesmal in München recht gründlich, was man tun soll. Ob die „Volkszeits“ auch locht, alle Männer, die mit politischer Verantwortung betraut sind, suchen ruhig Mut zu bewahren und erst nach reiflicher Erwägung aller Möglichkeiten zu unabänderlichen Entschlüssen vorzuschreiten.

So eilen Nachrichten, die schon von ... haben Tatsachen zu berichten wissen, den Dingen vor... Laufe dieser Woche sind endgültige Entscheidungen zu erwarten, von denen jedoch jetzt schon angenommen werden muß, daß sie in Berlin keine Freude erregen werden. Denn von einer glatten Unterordnung unter die letzten Beschlüsse des Reichstages will in Bayern keine der an der Regierung beteiligten oder überhaupt für sie in Betracht kommenden Parteien etwas wissen. Allenfalls die äußerste Linke sieht auf dem Boden dieser Forderungen. Aber die Sozialdemokratie spielt in Bayern keine maßgebende Rolle, kaum daß sie, wie die Dinge dort liegen, auch nur kurzzeitig als regierungsfähig anerkannt wird. Den größten Einfluß im Lande besitzt die Bayerische Volkspartei, die auch mit dem Grafen Lerchenfeld die Mehrzahl der gegenwärtigen Minister gestellt hat; sie hat gegen den Inhalt der neuen Reichsgesetze zum Schutze der Republik im Grunde genommen nicht viel einzuwenden; den Stein des Anstoßes bietet für sie die Reichsexekutive, die sich jetzt zum erstenmal über die Landespolizei- und Landesjustizhoheit aus Gründen, die nur einmal in Berlin für durchschlagend gelten werden, hinweggesetzt hat. Deshalb ist der Gedanke entstanden, zwar den Inhalt der neuen Gesetze auf dem Verordnungswege auch für Bayern zu übernehmen, seine Durchführung aber den bayerischen Landesbehörden vorzubehalten. Man will sich für diesen Weg auf den Artikel 48 der Reichsverfassung berufen, wird aber doch wohl zugeben müssen, daß der gleiche Artikel die Reichsinstanzen berechtigt, Bestimmungen zum Schutze von Ruhe und Ordnung für das ganze Reich zu erlassen, und daß, wenn dies geschieht, die entsprechende Befugnis der Landesgewalten zurückzutreten hat. Um einen Konflikt also würde man, wenn dieser Weg beschritten würde, nicht herumkommen. Denn man weiß, daß gerade viele der in Berlin gefaßten Beschlüsse aus Mächtigkeiten gegen Bayern entstanden sind, daß aber die Ausschaltung der bayerischen Zuständigkeit für diese Maßnahmen der Reichsinstanzen die treibende Kraft gewesen ist. Aber dem Widerspruch der Bayerischen Volkspartei gegen die glatte Annahme der neuen Reichsgesetze schließt sich auch der bayerische Landesverband der deutschen Volkspartei ausdrücklich an, und daß die eigentliche Rechte auch in Bayern die Reichsexekutive in diesen Dingen ablehnt, versteht sich am Rande. Nur die Demokraten scheinen entschlossen zu sein, sich, wenn es gar nicht anders geht, auch in diesem Falle zu fügen, und ihr Austritt aus der gegenwärtigen Koalition dürfte mit dem bereits erklärten Rücktritt des Handelsministers Hamann aus dem Kabinett bereits so gut wie entschieden sein.

Danach ergibt sich die Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung der gegenwärtigen Regierungskoalition nach rechts mit einer entsprechenden Umbildung des Ministeriums, und für diesen Fall darf wohl damit gerechnet werden, daß Graf Lerchenfeld als Ministerpräsident an der Spitze der Regierung verbleibt. Denn daß auch für ihn die neuen Gesetze so, wie sie aus Reichstag und Reichsrat hervorgegangen sind, als unannehmbar gelten, hat er durch seinen Berliner Gesandten so laut und so nachdrücklich erklären lassen, daß er sich nur wohl unumgänglich in die Haltung des bayerischen Bauernbundes der überwiegenden Zustimmung des bayerischen Volkes Rechnung tragen sollte,

so würde es der nach rechts erweiterten Regierung in der Landesversammlung jedenfalls an der für gewisse Fälle notwendigen Zweidrittelmehrheit nicht fehlen.

Damit wären wir wieder einmal an einem Wendepunkt unserer staatlichen Geschichte angelangt. Zweifellos besteht auf beiden Seiten der beste Wille, einen offenen Bruch zwischen Berlin und München zu verhindern. Zweifellos glauben beide Teile auch das, was sie tun, im Interesse des richtig verstandenen Gedankens der Reichseinheit tun zu müssen. Unter Herrn v. Kahr war man gleichfalls schon wiederholt so weit gekommen, daß ein Konflikt unmittelbar gegeben schien; damals ist er vermieden worden, bald durch Nachgiebigkeit von dieser, bald von jener Seite. Graf Lerchenfeld wußte auch in Berlin sich den Ruf eines gemäßigten Staatsmannes zu begründen. Wenn trotzdem auch er jetzt den Weg der Verständigung mit den Reichsinstanzen verlassen zu müssen glaubt, so darf diese Tatsache ganz gewiß nicht leicht genommen werden. Denn ob er, wenn er sich zum Rücktritt gezwungen sähe, einen Mann zum Nachfolger erhielte, mit dem ein leichteres Verhandeln möglich wäre, ist bei den Stimmungen in Bayern wohl kaum anzunehmen. Und die Notwendigkeit einer Reichsexekutive gegen den größten deutschen Bundesstaat wird sicherlich auch dem entschiedensten Einheitspolitiker in Berlin nichts weniger als erwünscht erscheinen.

So bleibt, wenn man auf eine vernünftige Betrachtung der Dinge nicht verzichten will, auch diesmal kein anderer Weg übrig, als nach einer Verständigung zwischen hüten und drüben zu suchen. Eine Aufgabe, bei der gewiß auch die vermittelnde Hand des Reichspräsidenten sich wohlwollend bemerkbar machen könnte.

## Streifen-Munition in München.

Eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten durchzog unter Aufspaltung von antisemitischen Liedern einige Münchener Straßen und pöbelte den zufällig vorbeikommenden Landtagsabgeordneten Auer an. Erhebungen über die Ruhestörer sind eingeleitet. Einige Stunden später durchzog ein Zug von Leuten, die die Arbeitermarxisten saugen, die gleichen Straßen. Mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse hat die Polizeidirektion angeordnet und ihre Sicherheitsorgane angewiesen, künftighin Züge, die zur Nachtzeit in ruhender oder provozierender Art die Straßen durchziehen, anzuhalten und die Teilnehmer festzunehmen.

## Aufruf des bayerischen Bürgerblocks.

München. Der bayerische Regierungsblock richtet an seine Anhänger einen Aufruf mit der Aufforderung, die bayerische Regierung, solange sie in ihrem Widerstand gegen Berlin festbleibt, in dem ihr aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen, komme, was da kommen wolle.

## Graf Zech bleibt auf seinem Posten.

München. Wie hier verlautet, wird Graf Zech auf seinem Posten verbleiben, bis die Lage in Berlin geklärt ist.

## Die Machtmittel des Reichspräsidenten gegen Bayern.

Berlin. In parlamentarischen Kreisen beurteilt man den Konflikt zwischen Bayern und dem Reich als sehr ernst. Es muß festgestellt werden, daß die Spannung zwischen München und Berlin noch niemals einen derartigen Grad erreicht habe wie bisher. Auf keinen Fall werde die Reichsregierung dulden dürfen, daß sich ein einzelner Staat der Durchführung eines auf verfassungsmäßigem Wege zustande gekommenen Reichsgesetzes widersetzt. Wenn nicht noch im letzten Augenblick in den führenden politischen Kreisen Verfassungstreue siege, so werde man vor der Notwendigkeit stehen, gegen Bayern die aus einem solchen Verhalten sich ergebenden verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Die Reichsverfassung bietet dem Reichspräsidenten die Handhabe, sowohl mit der bewaffneten Macht und durch einen Reichskommissar die Durchführung der Gesetze herbeizuführen und auch jedes bayerische Sondergesetz, das gegen die Reichsverfassung verstößt, außer Kraft zu setzen. Die bayerische Regierung müßte unter Umständen damit rechnen, daß sofort eine Gegenaktion der Arbeiter im Reich einsetzt, die vermutlich auch mit der Unterbindung der Kohlenversorgung Bayerns den bayerischen Widerstand beantworten würde.

## Drohende Auflösung des bayerischen Landtages.

München. Die Münchener Zeitung schreibt heute zur Lage: Fest steht, daß der Ministerrat dem Unannehmbar der Bayerischen Volkspartei zugestimmt hat. Die Demokraten werden wohl auch der Regierungskoalition auscheiden. Bis zu den Montagvormittagsstunden war dieser Austritt und der Rücktritt des bayerischen Handelsministers Hamann noch nicht offiziell erfolgt. Sollte, was auch im Bereiche der Möglichkeiten liegt, der Bauernbund der Haltung der Demokraten zuneigen, dann würden die Konsequenzen sein, daß der Landtag aufgelöst werden würde.

## Eine Nichtachtung der Verfassung.

Berlin. Ein führender demokratischer Politiker (man darf wohl auf Preuß schließen), der einen hervorragenden Anteil an der Schöpfung der neuen Reichsverfassung hatte, erklärte auf Befragen, daß nach seiner Ansicht der bayerische Standpunkt in verfassungsrechtlicher Hinsicht völlig unhaltbar sei. Die Reichsgesetze zum Schutze der Republik seien auf verfassungsmäßigem Wege vom Reichstag und von allen verfassungsmäßigen Instanzen angenommen worden. Infolgedessen haben sich ihnen die bayerische Regierung ohne jede Einschränkung zu fügen. Vor allem sei der Standpunkt der Bayerischen Volkspartei, daß durch das Reichsgesetz in Bayern eine solche Erregung hervorgerufen werde, gegen die sich die bayerische Regierung durch ein eigenes Gesetz schützen müsse, geradezu eine völlige Entrechtung der Verfassung. Vor allem kann der Reichspräsident sofort jedes bayerische Sondergesetz, das sich gegen ein auf verfassungsmäßigem Wege zustande gekommenes Reichsgesetz richtet, außer Kraft setzen.

## Gegen die Politik der Gewalt.

### Aufruf an die Arbeiter der Welt.

Die in Amsterdam tagende Konferenz der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen hat einen Aufruf an die Arbeiter der Welt beschloffen, in dem es u. a. heißt: Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu ermutigen und ihr beizustehen. Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Bankrott. Die Politik der Gewalt gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen. Die interalliierten Schulden müssen revidiert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Die Konferenz erwartet von den Vereinten Staaten, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mitwirken, um die zerrüttete Wirtschaft Europas wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921 unverzüglich aufzuheben. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beurteilen die Exekutiven nachdrücklich alle Kontraktionen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfrieden erheischen, daß die Arbeiter aller Länder mit all ihrer Kraft kämpfen. Angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung muß Deutschland das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirkliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

## Londoner Konferenz am 1. August.

### Poincarés Rückzug in der Reparationsfrage.

Die dem Präsidenten des Garantiekomitees schon in Berlin überreichte Antwortnote des deutschen Reichsanzlers befindet sich in ihrem Wortlaut die schon bekannte Einwilligung der deutschen Regierung zu den Vorschlägen der Kommission zur Finanzüberwachung und Regelung. In Paris scheint plötzlich der bisher so hartnäckige Widerstand der dortigen Regierung gegen jeden Versuch, eine Lösung der jetzigen unhaltbaren Lage für Deutschland herbeizuführen, etwas nachgelassen zu haben. Es ist bekannt geworden, daß neue Vorbesprechungen über die Reise Poincarés nach London im Gange sind und daß Poincaré sich bereit erklärt hat, am 31. Juli nach England zu reisen, so daß die Verhandlungen am 1. August beginnen können.

Aus den Blättern geht hervor, daß England eine neue, scheinbar sehr dringende Anfrage wegen der Reise Poincarés an die französische Botschaft in London gerichtet hat. Die Antwort Poincarés ist der englischen Regierung durch den Botschaftler in London übermittelt worden. Man wartet jetzt auf die Zustimmung Englands zu den Reiseplänen. Als ein Nachgeben Poincarés wird die amtliche Havas-Mitteilung betrachtet, daß die Instruktionen Poincarés an Dubois gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen seien und keineswegs das letzte Wort der französischen Regierung darstellen.

Das sehr erhebliche Einklinken der französischen Regierung gegenüber der letzten, sehr energischen Mahnung Eng-